52. Kapitel. Bildung krimineller Verbände

Die §§ 127–129b bestrafen die Bildung bewaffneter, krimineller und terroristischer Verbände. Während die §§ 127 und 129 ältere Tatbestände darstellen, wurde der mittlerweile völlig unübersichtlich gewordene § 129a erst im Jahre 1976 im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem RAF-Terrorismus geschaffen, seither vielfach geändert und im Jahre 2002 durch § 129b auf ausländische Vereinigungen ausgedehnt. Er fungiert weniger als traditionelle Strafrechtsnorm, die Verbote bewehrt und deren Übertretung sanktioniert, sondern vielmehr als strafprozessuale Anknüpfungsbestimmung für Eingriffs- und Zuständigkeitsregelungen (vgl. die §§ 100a II Nr. 1 d), 100b II Nr. 1 b), 100c I Nr. 1, 112 III StPO, § 120 I Nr. 6 GVG), wenn sich der jeweils erforderliche Grad eines Tatverdachts einer anderen Katalogtat noch nicht recht darstellen lässt. **2152**

► Eine nähere Darstellung erfolgt auf ET 52-01.

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, das berechtigten Benutzern zur Verfügung steht. https://doi.org/10.1007/978-3-662-63967-2_52